

„Der ländliche Raum ist das Rückgrat der Gesellschaft“

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch zu Besuch im Bildungshaus Neckarelz

Von Brunhild Wössner

Neckarelz. Welches evangelische Kirchenlied passt zum grün-schwarzen Koalitionsvertrag? Diese Frage hatte sich Rolf Brauch gestellt, Regionalbeauftragter für den Kirchlichen Dienst Nordbaden. Er wurde fündig, und so sangen die Anwesenden – zum größten Teil aktive und kirchlich verwurzelte Landwirte aus dem Kreis – zusammen mit der Referentin Friedlinde Gurr-Hirsch das Lied „Vertraut den Wegen, auf die der Herr uns weist“. Der Kirchliche Dienst der Evangelischen Landeskirche in Baden hatte die Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ins Bildungshaus Neckarelz eingeladen, um die Inhalte des Koalitionsvertrages in Bezug auf Landwirtschaft und ländlichen Raum darzustellen.

Ungefähr eine halbe Stunde widmete sich Gurr-Hirsch dem Vertragswerk. Von kirchlicher Seite ist man mit dem Regierungsprogramm durchaus zufrieden, wusste Brauch unter Verweis auf den Landesbischof zu berichten. Gurr-Hirsch war dabei Verhandlungsführerin für die CDU. Dabei gebe es teilweise große Schnittmengen mit den Grünen.

Gerade die Umweltprogramme machten es für Landwirte einfacher, zusätzliche Arbeiten für die Natur- oder Landschaftspflege zu übernehmen. Inzwischen hätten nach Gurr-Hirschs Einschätzung auch viele Menschen verstanden, dass Arbeiten für den Erhalt von Kulturlandschaften allen zugute kämen

und finanziell unterstützt werden müssten. Gerade in der Landwirtschaft gibt es nämlich gewaltige Brüche. Nur noch 1,8 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft.

Der Koalitionsvertrag stellt sich die Aufgabe, zwischen Ökologie und Ökonomie zu vermitteln. Während für die CDU die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ ein Anliegen ist, haben sich die Grünen dem Ziel „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ verschrieben. Beide Grundsätze prägen die Agrarpolitik in Baden-Württemberg. Dahinter steht die Einsicht, dass Landwirte ihre Leistungen für Umwelt und Tierwohl nur erbringen können, wenn ihre ökonomische Existenz gesichert ist.

Die Staatssekretärin bezeichnete bäuerliche Familienbetriebe als den „Schlüssel für einen lebendigen ländlichen Raum in Baden-Württemberg“. Die ganze Wertschöpfungskette im Ernährungssektor (Bäckereien, Molkereien, Metzgereien und Schlachthöfe) hat in der Landwirtschaft ihren Ausgangspunkt. Die hier gewachsenen Strukturen gelte es daher zu erhalten.

Die landwirtschaftlichen Einkommen hätten im vergangenen Wirtschaftsjahr stagniert. Nur mit Milch, Fleisch und Getreide sei kaum ausreichend Geld zu verdienen. Hier kommt der agrarpolitische Instrumentenkasten ins Spiel, bei dem Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszahlungen und Investitionsförderung die Einkommen stützen. Aber auch die Landwirte selbst seien gefordert, Markt-

chancen auszuloten. Viele Verbraucher würden beispielsweise wieder regionale Agrarprodukte für sich entdecken.

Neben der eigenständigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Ausgleichsleistungen ist auch die Diversifizierung eine wichtige Säule der Agrarpolitik. So erzeugen etwa ein Viertel der Betriebe erneuerbare Energien, sieben Prozent sind in der Direktvermarktung wie Hofläden aktiv, vier Prozent in der Pensionspferdehaltung, und ebenfalls vier Prozent haben sich im Landtourismus ein weiteres Standbein aufgebaut. Ziel der Landespolitik sei es, die Landwirte durch Bildung und Beratung so aufzustellen, dass sie zum einen den Herausforderungen des Marktes gewachsen sind, aber auch der Nachhaltigkeit und dem Tierwohl gerecht werden können.

Letztendlich halten jedoch die Verbraucher den Schlüssel zum Erhalt der Landwirtschaft in den Händen. Wenn sie wollen, dass in ihrer Region hochwertige



Die Kirche soll im Dorf bleiben, und ohne Landwirtschaft ist das schwierig. Über den grün-schwarzen Koalitionsvertrag informierte Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch, die Rolf Brauch, Regionalbeauftragter des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande für den Bereich Nordbaden, eingeladen hatte. Foto: Brunhild Wössner

und nachhaltig produzierte Lebensmittel erzeugt werden und die Kulturlandschaft weiterhin intakt bleiben soll, dann müssen die Verbraucher bereit sein, angemessene Preise zu bezahlen.

Da 70 Prozent der Fläche Baden-Württembergs ländliche Räume sind, in der 34 Prozent der Bevölkerung des Südweststaats wohnen, sei es wichtig, dort die Infrastrukturen anzupassen sowie gute Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür bräuchte man auch neue Ideen, wie genossenschaftliche Arztpraxen oder in der Ortsmitte gelegene Al-

tersheime, aber auch mutige Gemeinderäte und Bürgermeister. Der ländliche Raum sei das „Rückgrat der Gesellschaft“ und die kirchlichen Träger „Säulen der pflegerischen Infrastruktur“.

In der anschließenden Diskussionsrunde bedauerten die Landwirte den Wegfall zahlreicher Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. die Milchzentrale in Mannheim oder den Verlust von Schlachthöfen, aber auch die Schließung des Lagerhauses der ZG Raiffeisen in Mosbach. Auch die Flurneuordnung verlaufe teilweise überaus schleppend.